

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 66 846 ppbn d

Inhalt

Dagmar Luuk MdB formuliert Erwartungen an die IWF-Tagung in Berlin: Die 3. Welt von ihrer Schuldenlast befreien.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB erinnert an das Versprechen von Helmut Haussmann, der Kohle den Vorrang einzuräumen: Das FDP-Energiepapier in den Reißwolf!

Seite 3

Dokumentation:

SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr hielt in Peking einen Vortrag zu den deutsch-deutschen Beziehungen, der die Bedeutung des SPD/SED-Papiers erläuterte, den wir in zwei Teilen veröffentlichen. Wortlaut

Seite 4

43. Jahrgang / 100

27. Mai 1988

Die 3. Welt von ihrer Schuldenlast befreien

Erwartungen an die IWF-Tagung in Berlin

Von Dagmar Luuk MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Nord-Süd des SPD-Landesverbandes Berlin

Die Bundesrepublik Deutschland als eine der größten Industrie- und Handelsnationen der Welt trägt eine herausgehobene Verantwortung für die Lösung der Handels- und Zahlungsprobleme der Dritten Welt. Mit ihrer bisherigen Politik ist die Bundesregierung dieser Verantwortung jedoch nicht gerecht geworden. Die Verschuldung der Dritten Welt, die inzwischen auf mehr als 1.200 Milliarden US-Dollar gestiegen ist, hat sich zu einer globalen Herausforderung entwickelt. Sie belastet die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, beeinträchtigt die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Dritten Welt und gefährdet das internationale Finanzsystem ebenso wie die politische Stabilität und demokratische Entwicklung in vielen Staaten.

Das bisherige internationale Krisenmanagement hat diese gefährliche Situation nicht entschärfen können. In vielen Entwicklungsländern, insbesondere Afrikas und Südamerikas, konnte die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von den großen Gläubigern betriebene Politik die nachteiligen ökonomischen und sozialen Wirkungen der Überschuldung nicht abschwächen, geschweige denn die Ursachen der Verschuldungskrise beseitigen.

Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, auf der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Berlin im Zusammenwirken mit der Europäischen Gemeinschaft die Initiative zu ergreifen, um unverzüglich Grundzüge zur Lösung der Verschuldungskrise zu vereinbaren. Dazu gehören unter anderem:

- Erlaß von Schulden für die am wenigsten entwickelten Länder, vor allem der südlich der Sahara gelegenen,
- Umschuldung der noch verbleibenden Auslandsschuld der Dritten Welt durch Verlängerung der Rückzahlungsfristen,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermeiden Sie Umweltschäden
mit dem richtigen Recycling-Papier



- Einführung einer Obergrenze der Zinssätze gegebenenfalls auch unterhalb des jeweiligen Marktzinses für die Schulden der Entwicklungsländer,
- und vor allem die Festlegung einer oberen Grenze für den Anteil der Exporterlöse, der für den Schuldendienst verwendet werden soll.

Umbeschadet der notwendigen Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer muß die Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die anderen großen Industriestaaten ihre Initiativen zur Lösung der internationalen Finanz- und Wirtschaftsprobleme wesentlich verstärken. Es muß sichergestellt werden, daß zum Beispiel

- die Ungleichgewichte im internationalen Handel abgebaut werden und sich nicht weiter vergrößern,
- der Protektionismus im Agrarbereich wirksam bekämpft wird,
- die Finanzspekulation eingedämmt wird und
- eine stetige Entwicklung der Binnenmärkte Vorrang vor einer einseitigen Förderung der Exporte erhält.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen auf der internationalen Konferenz in Berlin Maßnahmen eingeleitet werden, die eine Reform der internationalen Organisationen gewährleisten. Dazu gehören auch eine Verbesserung der Sanktionsmöglichkeiten dieser Organisationen sowie eine Verstärkung ihrer Finanzkraft. Ebenso unverzichtbar ist eine Verstärkung des Mitspracherechts der Entwicklungsländer in den internationalen Organisationen.

Gleichzeitig muß die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die unter Führung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank bisher verfolgte Politik korrigiert wird. So muß unter anderem eine bessere Orientierung der Programme und Projekte von IWF und Weltbank zur Stärkung der Binnenmärkte erfolgen. Unverzichtbar ist ferner die Beteiligung der breiten Bevölkerung und nicht nur einer Oberschicht am Entwicklungsprozeß. Außerdem müssen die Programme von IWF und Weltbank an ökologische Verträglichkeit, an Agrarreformen, an eine breitere Einkommensverteilung sowie an Einsparungen im Rüstungsbereich gebunden sein.

Die Berliner SPD wird diese Positionen anläßlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank in unserer Stadt deutlich machen. Sie wird die wesentlichen Elemente dieser Forderungen den anderen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien mit dem Ziel vorlegen, eine Vier-Parteien-Initiative in das Abgeordnetenhaus einzubringen. Über diese Vorschläge wird am 21. Juni auf einer öffentlichen Veranstaltung in der Freien Universität diskutiert werden. Außerdem wird sich die SPD mit Referenten an dem Symposium der Kirchen zur internationalen Schuldenkrise am 20. und 21. Juni in Berlin beteiligen. Darüber hinaus veranstaltet die Berliner SPD am 11. Juni in der Kirchengemeinde Dahlem ein internationales Forum, das sich mit der Rolle der Frauen in der Dritten Welt und ihrem Anteil an der Entwicklung beschäftigt.

Auf Initiative der Berliner Sozialdemokraten wird am 8. und 9. September 1988 die Kommission der Sozialistischen Internationale (SI) für Wirtschaftspolitik in unserer Stadt tagen. Der Kommission unter Vorsitz von Michael Manley, dem ehemaligen und künftigen jamaikanischen Ministerpräsidenten, gehören sozialistische Politiker aus den westeuropäischen Ländern und der Dritten Welt an. Auch der Vorsitzende der internationalen Süd-Süd-Kommission der SI, Julius Nyere, ist nach Berlin eingeladen. Die SI wird damit erstmals seit 1973 wieder in Berlin tagen. Thema der Konferenz ist die internationale Wirtschafts- und Finanzentwicklung. Die Beratungen finden im Reichstag statt. Am Abend des 9. September wird die Berliner SPD zu einer öffentlichen Großveranstaltung einladen, bei der Vertreter der SI sowie Hans Jürgen Wischniewski reden werden.

(-/27.5.1988/vo-he/rs)

„...dafür einsetzen, daß die Kohle Vorrang hat“

Eine Erinnerung an Worte von Helmut Haussmann aus Anlaß
der bevorstehenden Abstimmung über das FDP-Energiepapier

Von Horst Niggemeier MdB

Wenn das vom FDP-Bundesvorstand vorgelegte energiepolitische Papier für die am 28. Mai in Würzburg stattfindende Bundeshauptausschußsitzung eine Art Selbstläufer und beschlossen wird, stehen der deutschen Kohle und den dort beschäftigten Arbeitnehmern haarige Zeiten bevor. Diese bedrückende Einschätzung über das Energie-Papier der liberalen Kreuz- und Quer-Denker hat nicht nur Beunruhigung in der SPD-Bundestagsfraktion ausgelöst. In einem Interview mit der „Bonner Rundschau“ (26. Mai) ließ sich der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ludwig Gerstein MdB mit einem markigen Monitum („So, wie es der FDP-Vorstand vorschlägt, ist das sicher nicht zu machen.“) vernehmen: „Die FDP will die bewährten Strukturen der deutschen Elektrizitätswirtschaft zerschlagen. Wenn dies gelingen würde, dann würde die FDP zum Totengräber des deutschen Steinkohlenbergbaus.“

Aber diese zweifellos zutreffenden Bemerkungen sind um die Feststellung zu ergänzen, daß die Union als der größere Koalitionspartner jetzt gefordert ist, in der Energiepolitik ihre Führungsrolle unter Beweis zu stellen. Bis jetzt wackelt doch der liberale Schwanz mit dem christdemokratischen Hund. Darüber kann auch das warnende Gebell aus den Unionsreihen nicht hinwegtäuschen.

Aus dem in Würzburg auf dem Tisch des FDP-Bundeshauptausschusses liegenden Energie-Papier schimmert an allen Ecken und Enden die Anti-Kohlepolitik des liberalen Erbhof-Ministeriums von FDP-Chef Bangemann durch. Hier wird das neue Drehbuch für die künftige Energiepolitik der Koalition mit freidemokratischer Finesse geschrieben: Zunächst wird unter Mißachtung der knapp ein Jahr alten Koalitionsvereinbarung von der FDP ein Parteibeschluß gefaßt und dann wird anschließend dem staunenden Publikum in der Christen-Union verkündet, daß der FDP als eigenständiger liberaler Kraft im deutschen Vaterland der Anspruch auf eine Energiepolitik der Marke Eigenbau nicht verwehrt werden kann. Der Preis für die Abkehr von einer solchen Beschlußlage (FDP-Generalsekretär Haussmann: „Ich nehme es ernst mit dieser Beschlußlage.“) wäre der sogenannte politische Gesichtsverlust. Und was will die Union mit einem Koalitionspartner ohne politisches Gesicht? Die koalitionsinterne Zwickmühle ist also jetzt schon mit den Händen zu greifen.

Da kommt in die Erinnerung, was der FDP-General Haussmann 1984 auf dem 13. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie (IGBE) den Bergarbeiter-Delegierten mit freundlichen Worten ins Stammbuch geschrieben hat, nämlich daß es für die Bergleute „ganz entscheiden ist, nicht nur die großen Parteien in ihren Umwelt- und Energieprogrammen zu studieren, sondern auch die der Koalitionspartner dieser Parteien“.

Das so vorgeschlagene „Studium“ dessen, was der FDP-Vorstand jetzt zur Energiepolitik aufgeschrieben hat, wird den Bergleuten die dramatische Erkenntnis vermitteln, daß es mit ihren Arbeitsplätzen in den Kohlerevieren von Stein- und Braunkohle vom politischen Willen der FDP her weiter in rasender Talfahrt bergab gehen soll.

Da die bisherigen Erfahrungen in der Kohlepolitik lehren, daß den kohlepolitischen Strangulierungsplänen aus dem liberalen Erbhof-Ministerium bisher nur bedingter Widerstand aus den Reihen der Union entgegengesetzt wurde, muß man davon ausgehen, daß die jetzt angestrebte „Beschlußlage“ der FDP der Anfang für das Ende einer nennenswerten deutschen Kohleförderung sein wird.

Da erinnert man sich wehmütig an jenes große Wort des FDP-Generals auf dem IGBE-Kongreß 1984 in Dortmund, das da lautete: „Wie unter Helmut Schmidt, so werden wir auch unter Helmut Kohl uns dafür einsetzen, daß die Kohle Vorrang hat.“

Wenn Helmut Haussmann zu diesem Wort noch steht - denn er weiß, „was das bedeutet, in Krisenzeiten durch den Einsatz heimischer Energie unabhängig zu bleiben“ (1984) - dann wird das für den FDP-Bundeshauptausschuß vorgesehene energiepolitische Papier dem Reißwolf anvertraut und in der FDP neu darüber nachgedacht, wie man dem Ministerbewerber Haussmann einen Einstieg in das neue Amt ohne politischen Gesichtsverlust und ohne Streit mit dem größeren Koalitionspartner ermöglicht.

* * *

(-/27.5.1988/vo-ha/rs)

DOKUMENTATION

Egon Bahr: Das Ende der Menschheit verhindern, den Frieden sichern

(Teil I)

SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr hielt auf einer Konferenz über Fragen der Sicherheit und Abrüstung, die die chinesische Gesellschaft für Frieden und Abrüstung in Peking veranstaltete, einen Vortrag zu den deutsch-deutschen Beziehungen, den wir in zwei Teilen veröffentlichen.

Durch das gemeinsame Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ zeigt sich das Ergebnis der Nachkriegsgeschichte in mehrfacher Hinsicht:

1. Europa hat sein politisches Gewicht verloren.
2. Die Waffenentwicklung führte zu gegenseitig gesicherter Zerstörung (MAD).
3. Deutschland wurde geteilt.

Zu 1: Das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges hat Europa zerstört und geteilt. Allein die beiden Flügelmächte gingen daraus gestärkt hervor, die USA als Supermacht, die auf allen Meeren präsent ist, die Sowjetunion als zweite kontinentale Weltmacht. Europa verlor sein politisches Gewicht als bestimmender Faktor. Seine Völker und Staaten wurden zum Vorfeld der beiden Hegemonialmächte, unfähig, sich selbst zu schützen. Sie waren auch unfähig zu verhindern, daß die politische Landkarte mit der ideologischen identisch wurde: östlich der Demarkationslinie der Marxismus/Leninismus, westlich davon der demokratische Pluralismus.

Der 17. Juni 1953, Ungarn und Polen, der Bau der Mauer 1961 und die Invasion der CSSR 1968 zeigten den Respekt vor den markierten Grenzen des Warschauer Paktes, durch die Sowjetunion garantiert. West-Berlin profitierte von dem ungeschriebenen Nachkriegsgesetz in Europa: keine Anwendung von Waffen zur Veränderung der Grenzen einzusetzen, die in den Folgen des Zweiten Weltkrieges entstanden sind. Die Streitkräfte der beiden Hegemonialmächte, die sich in Deutschland und in Berlin gegenüberstehen, garantieren den Frieden, die Teilung und markieren die militärische Ohnmacht Europas.

Wenn heute über das Angebot Gorbatschows nachgedacht wird, die militärische Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion zu beseitigen, eine Voraussetzung für das „Europäische Haus“, so ist das auch deshalb attraktiv, weil damit eine Perspektive eröffnet wird, die zwar nicht die Teilung, wohl aber die militärische Ohnmacht Europas beseitigen, weil gegenstandslos machen könnte.

Zu 2: Die atomare Zweitschlagsfähigkeit beider Weltmächte bedeutet ihre Selbsterstörungsfähigkeit. Das ist ein Qualitätssprung, der insoweit Vergleiche zur vor-atomaren Geschichte verbietet. Ein atomarer Krieg kennt keinen Sieger mehr. Diese neue Lage fordert den Qualitätssprung des Neuen Denkens für große wie für kleine Staaten. Das Bild vom Papiertiger trifft nicht das unbezweifelbare Gewicht von Dinosauriern, deren Masse ihre Bewegungsfähigkeit hindert. Was ist von der Macht von Waffen zu halten, die nicht benutzt werden dürfen, wenn ihre Besitzer überleben wollen? Gerade kleine Staaten können ihre Politik nur auf die Erwartung gründen, daß der Dritte Weltkrieg nicht stattfindet; sie können sich insofern verhalten, als ob es Atomwaffen nicht gäbe, über die sie ohnehin nicht verfügen. Ihr Interesse, diese Waffen loszuwerden, wird dadurch natürlich nicht geringer.

Je stärker die Spannung, umso wichtiger die Waffen. Je wichtiger die Waffen, umso entscheidender die Supermächte. Und umgekehrt: Je stärker die Entspannung, umso relativer die Waffen. Je mehr Waffen als Machtinstrument zurücktreten, umso stärker werden alle nicht-militärischen Faktoren. Der Kampf um Entspannung kann dem Gewicht Europas, seiner wirtschaftlichen Kräfte, den Interessen der kleinen Staaten den normalen Stellenwert zurückgeben. China hatte und hat andere Möglichkeiten, seine Interessen gegenüber den Hegemonialmächten zur Geltung zu bringen als das besiegte, besetzte, geteilte Europa.

Zu 3: Es hat lange gedauert, bis beide deutschen Staaten anerkannten, daß sie für eine nicht absehbare Zeit geteilt bleiben werden. Das bedeutet, daß sie also nicht für immer, aber eben für eine nicht absehbare Zeit nicht nach Einheit suchen können, aber nach Gemeinsamkeit suchen müssen. Die deutschen Chancen in der Teilung suchen, habe ich vor einigen Jahren formuliert. Im Unglück der europäischen Teilung könnte es sich als Glück erweisen (auf das wir gern verzichtet hätten, wenn wir gefragt worden wären), daß Deutsche, in beiden gegeneinander errichteten Bündnissen fest organisiert, der gemeinsamen Geschichte bewußt, ohne Sprachschwierigkeiten in der Mitte Europas Sicherheitsinteressen der kleinen europäischen Staaten formulieren können.

Der Grundlagenvertrag war der Ausgangspunkt für das Ende einer Politik des Gegeneinander der beiden Staaten, das die deutschen Querelen zu einem Störfaktor für Europa werden ließ. Gegenseitig gesicherte Zerstörung (MAD) gilt im Konfliktfall nicht nur für die beiden Großen, sondern erst recht für das Zentrum Europas. Im Untergang wären wir vereint. Statt dessen die gegenseitig gesicherte Sicherheit (MAS) zu suchen, war und ist vorzuziehen. Es war kein Zufall, daß die beiden Staaten von Schadensbegrenzung, von Verantwortungsgemeinschaft sprachen, ungeachtet des Regierungswechsels in Bonn, als die politische Konfrontation zwischen Washington und Moskau nach dem Amtsantritt Reagans wuchs. Die List der Geschichte bewirkte, daß die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles bei uns und die gegen sie stationierten sogenannten taktisch-operativen SS-12/22 in der DDR das Bewußtsein für gemeinsame Sicherheit in beiden Staaten wachsen ließ.

Obwohl die beiden Weltmächte eine Phase ihrer schlechtesten Beziehungen seit der Kuba-Krise begannen, erreichten die beiden deutschen Staaten eine vorher nicht erlebte Intensität ihrer Beziehungen: Seit 1969 haben sich der Handel und die Besuche von West-Deutschen in die DDR vervierfacht. Die Telefonleitungen (1969 gab es keine von West-Berlin aus) aus der Bundesrepublik in die DDR wuchsen von 34 auf 860. Seit 1972 wurden Besuche aus der DDR bei uns „in dringenden Familienangelegenheiten“ möglich; es blieben für zehn Jahr rund 40.000 jährlich. 1987 kamen 1,2 Millionen, neben fast vier Millionen Rentnerbesuchen.

Nicht obwohl, sondern weil beide Staaten unbezweifelbar loyal in ihrem jeweiligen Bündnis sind, nicht obwohl, sondern weil sie eingebunden in das westliche und östliche Wirtschaftssystem, die EG und den RGW, sind und diese auch gar nicht verlassen wollen (das gilt jedenfalls für die BRD und die Führung der DDR), können sie sich einander zuwenden und die extreme Einseitigkeit des Kalten Krieges überwinden, die Adenauer und Ulbricht kultiviert hatten.

II.

„Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“, ist bei uns eine oft zitierte Formulierung Willy Brandts. In der Konsequenz führte das zu einer Erkenntnis: Gemeinsame Sicherheit verlangt als Konzept des nuklearen Zeitalters, daß sich Kommunisten und Kapitalisten, Gläubige und Ungläubige, Reiche und Arme aller Hautfarben dem ersten Gebot des menschlichen Lebens unterzuordnen haben: das Ende der Menschheit zu verhindern. Es gibt keinen Wert, der darüber steht, kein Prinzip, das höher steht, kein Interesse, das diesem Gebot nicht ungeordnet werden müßte.

Dies war der Ausgangspunkt eines Papiers, das auch in englischer oder russischer Sprache hätte geschrieben werden können. Seine Grundsätze sind wirksam, wenn sie Reagan und Gorbatschow treffen: Niemand erwartet, daß sie ihre Überzeugungen ablegen oder sich gegenseitig bekehren. Sie sollen Frieden sichern. Nähe, gemeinsame Sprache und Geschichte haben dazu geführt, daß Deutsche das Papier geschrieben haben, und zwar nicht etwa Konservative und Kommunisten, sondern eben Sozialdemokraten und Kommunisten, in der Erfahrung ihrer erbitterten Auseinandersetzungen seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Diese Erfahrungen können wir weder vergessen noch verdrängen, aber sie besagen eben auch, daß unsere ideologischen Unterschiede nicht auf die Ebene der Staaten gehoben und durch Gewalt ausgetragen werden dürfen. Wir haben Regeln für eine Kultur des Streits, nicht der Versöhnung formuliert. Wir sind überzeugt, daß diese Regeln nicht nur für die beiden Parteien, auch nicht nur für die beiden deutschen Staaten gelten sollten, sondern für die Auseinandersetzungen und das friedliche Nebeneinander zwischen Ost und West generell und ihre gesellschaftlichen Organisationen. Wir haben dazu aufgefordert, diese Regeln zu diskutieren, zu verbessern, zu ergänzen. Diese Aufforderung gilt auch den Parteien der Sozialistischen Internationale, die Prinzipien für ein neues Programm überlegen.

Im Grunde ist das Papier sehr einfach: Der Qualitätssprung, der erstmalig durch die Selbstzerstörungsfähigkeit des Menschen eingetreten ist, verlangt auch den Qualitätssprung des Neuen Denkens, also jenen Bruch mit dem alten Denken, das sich Frieden nur zu eigenen Bedingungen vorstellen konnte.

Die Annahme der sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch die Kommunisten darf nicht zur Voraussetzung für die Organisation des Friedens gemacht werden. Das gleiche gilt auch umgekehrt.

(-/27.5.1988/vo-he/rs)

(Teil II und Schluß erscheint in unserer nächsten Ausgabe)